



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wentzcke, Paul: Die Karlsbader Beschlüsse : auch eine
Jahrhunderterinnerung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Karlsbader Beschlüsse

Auch eine Jahrhundertenerinnerung

Von Dr. Paul Wenzke



Ein seltsamem Kreislauf verbinden sich die großen geschichtlichen Gedenktage des letzten Jahrzehnts zu einem Spiegelbild der politischen Entwicklung Deutschlands. Das Vorspiel geradezu zur neuen Erhebung der untergegangenen Augusttage von 1914 boten seit dem Frühjahr 1918 die wundervollen Jahrhundertfeiern der Befreiungskriege. Der Tag von Belle-Alliance, der erste wahrhaft nationale Sieg, den Preußen-Deutschland in bewußter Einheit über seinen Erbfeind im Westen errang, fand seinen Wiederhall in unerhörten Erfolgen in Ost und West. Die hundertjährige Wiederkehr des Wartburgfestes vom 18. Oktober 1817 endlich schien aufs neue ungeahnte Kräfte im Inneren zu wecken, um in einem letzten großen Aufbäumen der nationalen Energie die hereinbrechende Flut abzdämmen und fernzuhalten. Noch einmal berührten und verknüpften sich die inner- und außenpolitischen Probleme der deutschen Einheitsbewegung, wie sie schon in den Jahren 1818 und 1819 zur endgültigen Lösung drängten. Reform von oben, nicht Revolution von unten war damals und im Frühjahr 1918 die Lösung. Außenpolitischer Druck aber verdamnte im zweiten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts die besten Kräfte Preußens und Deutschlands zur Untätigkeit. Außenpolitischer Druck löste auch im zwanzigsten die innerpolitischen Kräfte aus, die damals wie heute die friedliche Entwicklung jäh unterbrachen. In beiden Fällen war ausschlaggebend und entscheidend die Unterstützung, die das Ausland in den deutschen Parteien selbst fand: im Jahre 1818 in den legitimistischen Bestrebungen, die mit offener Unterstützung der Habsburger von Osten her Deutschland im Völkerbund der Heiligen Allianz umklammerten, in der jüngsten Novemberrevolution in der radikalen Bewegung, die wiederum von Rußland aus durch das unheilvolle Versagen der habsburgischen Hauspolitik Eingang auch im Herzen des neuen Reiches finden konnte, während neue Lockungen von Völkerfrieden und Völkerversöhnung die deutsche Aufklärung des zwanzigsten Jahrhunderts zu schmachvoller Kapitulation fortrissen. Am 20. September 1819 schloß die Annahme der Karlsbader Beschlüsse durch den deutschen Bundestag die Zeit der Freiheitskriege endgültig ab. In den gleichen Wochen dieses Jahres werden wir selbst die Ratifizierung und damit die endgültige Bestätigung des sogenannten Versailler Friedens durch den Bundestag der Entente zu erwarten haben.

Rein äußerlich knüpft die Bewegung, die in den böhmischen Bädern zu so unheilvollen Verhandlungen führte, unmittelbar an das Wartburgfest an, dessen Bedeutung seinerzeit an dieser Stelle bereits ausführlich gewürdigt wurde¹⁾. Selbst die große liberale Werbung für verfassungsmäßige Einführung von Landständen in allen deutschen Einzelstaaten, die schon 1814 eingesezt hatte, verhalte über dem Lärm, den unsaubere Geister, aber auch ehrliche Anhänger einer gesegneten, konservativen Welt- und Staatsanschauung nach Verbrennung der tekerischen Büchertitel auf dem Wartenberg bei Eisenach erhoben.

Im Frühjahr 1818 lehnte es der Bundestag überhaupt ab, vorläufig auf die Erfüllung des berühmten Artikels 13 der Bundesakte, der ständische Vertretungen zu verheizen schien, von sich aus einzugehen. Der preußische Vertreter erklärte, daß es ihm und seiner Regierung fern liege, „den Forderungen einiger unruhiger Köpfe, denen es mehr um einen gesetzlosen Zustand als um irgend eine gesetzliche Verfassung zu tun ist, das Wort zu reden.“ Auf's neue verlagte sich

¹⁾ Grenzboten, 76. Jahrgang (1917) II. — Meine dort erwähnte Geschichte der Deutschen Burschenschaft, der auch die hier verwerteten Forschungen entnommen sind, liegt nun bereits im sechsten Jahre druckfertig, im vierten Jahre im Satz vor, ohne daß sich der Verlag (Winter-Heidelberg) zur Ausgabe des Buches entschließen kann.

damit die deutsche Großmacht, auf deren freiheitliche Entwicklung die südwestdeutschen Liberalen seit den Tagen von Belle-Alliance ihre politischen Hoffnungen gesetzt hatten, dem Drängen der Verfassungsfreunde.

Sie versagte sich ihnen, trotzdem gerade damals im Schoße der Berliner Regierung selbst Stimmen laut wurden, die warnend und mahnend hinauswiesen auf die größere Aufgabe Preußens. „Die Blicke von Deutschland“, schrieb Zerbini di Spofetti, der Oberpräsident von Posen, „hängen richtend an dem, was aus uns hervorgehen wird. Es ist kein Rausch einer entzündeten Phantasie, kein verrauchender Freiheitsschwindel, welcher die besseren Köpfe in Deutschland in Bewegung setzt und ihnen die Forderungen an die Fürsten diktiert: durch einen feierlichen, ihre gesamten Pflichten und Rechte umfassenden Vertrag alles Unbestimmte und Zweideutige aus den Verhältnissen mit ihren Untertanen zu verbannen. Es sind nüchterne, fest und kräftig an den großen Weltbegebenheiten aufgefaßte Resultate, die sich selbst schon das Volk anzueignen beginnen, die durch jede Gegenwirkung tiefer wurzeln, die nicht mehr zu vertilgen sind. Die Zeit ist gekommen! Ihr Geist ist nur zu beherrschen, indem man ihn in sich selbst aufnimmt. Es liegen große Ereignisse im Schoße der Zukunft. Sie wird sie an Preußen anknüpfen. Wir haben keinen Nebenbuhler, wenn wir die Rolle begreifen, die uns zugefallen ist.“ Und ähnlich berichtete amtlich ein preußischer Diplomat selbst vom Petersburger Hofe, „daß alle Männer von Gediegenheit auf Preußens Regierung schauen und fest daran glauben, daß sie die freisinnigen Ideen ernsthaft pflegen und besonnen darzustellen bemüht sein, überall an Deutschland nie und unter keinen Umständen verzweifeln werde.“

Dieselben Töne fast werden hier angeschlagen, die just hundert Jahre später dem großen Versagen auch der Regierung Wilhelms des Zweiten vorausschallten. Preußen, so klagten im Frühjahr 1918 in Straßburg wohl gute Elsässer Vaterlandsfreunde, gleicht einem Magnet, dem der kräftige Strom einer wahren Volksbewegung fehlt. Gelingt es in letzter Stunde noch, ihn im Kern des neuen Deutschland in Parlament und Regierung einzulassen, so fällt das Reichsland selbst, so fallen auch die anderen Bundesstaaten kampflos dem Sieger im innerpolitischen, wahrhaft nationalen Streite zu.

Wir alle wissen, daß gerade in diesem entscheidenden Augenblick Fürst und Volksvertretung, Beamtenium, Stände und Parteien versagten, weil sie die Verantwortung einer Revolution von oben scheuten, und gerade nach diesen eigenen Erfahrungen können wir es verstehen, daß auch vor einem Jahrhundert die Gegner jeder freieren Entwicklung, die auch ihnen damals als revolutionär gelten mußte, die Oberhand behielten. Der Staatskanzler Hardenberg, der wie der große Reformator des preußischen Heerwesens Hermann von Boyen theoretisch noch an der „Repräsentation des Volkes“ festhielt, wurde überstimmt. Die altständische Partei, die nur Provinzialstände, nicht Reichsstände für den Ausbau der Staatsverfassung wünschte, trat im immer größerem Erfolg dem „in Deutschland beginnenden merkwürdigen Entwicklungsgang der Veränderung der Landstände in Volksvertretung“ entgegen.

Die öffentliche Meinung in Südwestdeutschland zog sich eben unter diesen Folgeerscheinungen des Wartburgfestes langsam von Preußen zurück und wandte sich dem neuen Ideal eines konstitutionellen, dritten Deutschland zu, das dann die Wiege der internationalen demokratischen Grundstimmung werden sollte, die die Mehrheitsparteien von heute beherrscht. Die Heilige Allianz, die bereits 1815 unter dem Eindruck der Rückkehr Napoleons von Elba ins Leben getreten war, bereitete eine stärkere Bindung ihrer Mitglieder vor und suchte durch diplomatische Warnungszeichen ebenfalls jede engere Vereinigung Preußens und Deutschlands zu verhindern.

In Aachen traten im Herbst 1818 die Fürsten und Staatsmänner der Großmächte zusammen, um die großen politischen Fragen des Tages in persönlichem Meinungsaustausch zu erörtern. Sehr bald rückte hier für Metternich wie für die Ratgeber des russischen Kaisers die Notwendigkeit, mit „moralischer

Kraft die öffentliche Ordnung Europas" aufrecht zu erhalten, in den Vordergrund. Als Träger aber der revolutionären Bewegung, die in Deutschland jetzt ihren Herd zu finden schien, galt ihnen die akademische Jugend.

Hatten die sattham bekannnten „Bulletins“ des russischen Agenten und deutschen Lustspielsdichters August von Kozebue die Aufmerksamkeit des russischen Kaisers vor allem auf die Zügellosigkeit der Weimarer Presse und der Jenaer Professoren gelenkt, so ergänzten jetzt weitere Berichte über die Lehren des Wartburgfestes dies Bild zu einem umfassenden Gemälde vom revolutionären Treiben auf deutschen Universitäten. Würdig trat dem unglücklichen Kozebue, der schon am 23. März 1819 unter dem Dolche Karl Ludwig Sands fallen sollte, in haherfüllten Angebereien der frühere Jenaer Anatom Voder zur Seite, der sich jetzt in Moskau auch politisch eine glänzendere Stellung zu sichern suchte. Seine ausführlichen Berichte sind dann in dem großen Memoire verwertet, das der Walache Alexander Stourdza „über den gegenwärtigen Zustand Deutschlands“ erstattete. Religiöse Schwärmererei vor allem hatte ihn beherrscht, als er wenige Jahre zuvor bereits Alexander dem Ersten die Urkunde der Heiligen Allianz entwarf, in der „die christlichen Monarchen aller Bekenntnisse den religiösen Absolutismus zum weltpolitischen Gesetz erhoben“, und religiöse Furcht vor einer Entgötterung der eigenen russischen Welt durch die liberalen Einflüsse der deutschen Einwanderung führte ihn auch bei der Abfassung der neuen Denkschrift die Feder. Darüber und dahinter aber stand der nackte Egoismus des russischen Selbstherrschers, der in Gemeinschaft mit den Genossen des neuen Völkerbundes die deutschen Teilstaaten so „unabhängig“ zu halten suchte, daß an eine innere, widerstands- oder gar angriffsfähige Gemeinschaft Deutschlands fernerhin nicht mehr zu denken sei.

Mit scharfem Blick aber sah gerade Stourdza, ein geistig hochstehender Mann, eben in der jungen burschenschaftlichen Bewegung die Ansätze zu einer neuen Einigung, die mit logischem Zwange auch die politische Selbständigkeit ganz Deutschlands nach sich ziehen mußte. Die Universitäten vor allem sind ihm daher „gotische Trümmer des Mittelalters“, unvereinbar mit den Bedürfnissen der Zeit, Staaten im Staate, deren Kastengeist und ererbte Anmaßung die Jugend und den Geist der öffentlichen Meinung irreführen muß. Besserung kann nur die Aufhebung der akademischen Sonderrechte bringen, die zugleich die unter dem Namen „Burschenschaft“ bekannte revolutionäre Verbindung, deren Mittelpunkt Jena ist, der akademischen Gerichtsbarkeit entzieht und der schärferen Aufsicht der ordentlichen Behörden unterstellt.

Auf dem Aachener Kongreß selbst führten diese Anregungen, die im Grunde ihrem sachlichen Inhalt nach auf Ersetzung der Universitäten durch Fachschulen hinausliefen, nicht zu besonderen Beschlüssen. Wie wenige Monate vorher der Bericht Kozebues aber gelangten auch Stourdzas Vorschläge alsbald an die Öffentlichkeit. Der ursprünglich literarische Streit wurde zu hochpolitischer Bedeutung. Mit einem Schlage fast sah sich die ursprünglich und auch jetzt noch rein akademische Reformbewegung der Burschenschaft vor das Forum der europäischen Politik gezogen. Dem Kämpfen der österreichischen Reaktionspolitik, Friedrich von Gentz, verdarb der Anblick der „grotesken und widerlichen Figuren, die in schmutzigen altdeutschen Trachten die falsche Weisheit ihrer ruchlosen Professoren einholten“, die ganze Freude an dem Paradies, das ihm Heidelberg bei der Rückkehr vom Aachener Kongresse bot. Frohlockend konnten die Freunde und Helfer Metternichs, die mißtrauisch die „deutsche“ Richtung der staatsrechtlichen Entwicklung beobachteten, die Tat Sands „politisch auszubenten“ versuchen. In ihrer Verfolgung, die zugleich dem liberalen Treiben in Süd- und Mitteldeutschland galt, war in der Tat, wie sich einer der Diplomaten ausdrückte, „Ruhm und Ehre zu verdienen“. Außerdem durfte die Wiener Regierung hoffen, damit auch in Preußen die Bestrebungen nach einer Gesamtverfassung und Volksvertretung ins Herz zu treffen.

*

*

*

Ein Umschwung in der innerpolitischen Lage Preußens kam diesen Wünschen entgegen. Unabhängig von den Einflüssen, die Metternich nach dem Wartburgfest entfesselte und doch wieder mannigfach von ihnen gestützt, bereitete er sich vor. Im Herbst 1818, kurz vor dem Aachener Kongreß, erschien der vierte Band von Ernst Moritz Arndts „Geist der Zeit“, der noch einmal wichtig und leidenschaftlich für eine nationale Einigung Deutschlands, für Reformen in Verfassung und Verwaltung Preußens, für Preß- und Redefreiheit eintrat. Aus dem Widerstand, den die alten Gegner Arndts gegen diese Schrift zu entfachen wußten, entwickelte sich bereits im Januar 1819 der erste Angriff gegen die Lehr- und Lernfreiheit der preussischen Universitäten, die kurz vorher noch in der Gründungsurkunde der rheinischen Hochschule aufs neue feierlich verkündet worden war.

Selbst die Lat Sands aber fand zunächst im Schoße des Berliner Ministeriums nur ernste Entrüstung, ohne unmittelbar zu scharfen Schritten gegen Professoren und Studenten Anlaß zu geben. Vorsichtig und bestimmt lehnte es der Staatskanzler ab, „den Gesinnungen und Bestrebungen der in falscher Richtung aufgeregten Jugend eine noch höhere Bedeutsamkeit zu geben, als sie es in der Wirklichkeit und selbst in den eigenen Augen der verführten und überspannten Jünglinge haben.“ In der Preussischen Staatszeitung ließ er offen jeden Verdacht auf Mitschuldige an der Ermordung Kozebues zurückweisen, solange nicht die Untersuchung erstere Belege zutage gefördert habe. Und ebenso lag es ihm in diesen Wochen durchaus fern, die Zeichen der Zeit, die sich in der Ermordung Kozebues offenbarten, zur Bekämpfung der eigenen Verfassungswünsche in Preußen auszuweisen.

Am 3. Mai 1819 vollendete Hardenberg vielmehr einen neuen Entwurf, der das königliche Versprechen vom 22. Mai 1815 aufs bestimmteste wiederholte. „Wenn in einer Zeitung gesagt wird“, so hieß es hier: „furchtbare Anzeichen sind da, daß eine scheußliche Verbrüderung feig im Finstern schleiche, so hätten diese Anzeichen klar und bestimmt angegeben werden sollen. So düstere Worte darf man nicht öffentlich aussprechen, wenn man nicht Beweis führen kann.“ Ganz im Sinne der Vaterlandsfreunde verhieß er die Einführung einer „allgemeinen Landesversammlung“ mit zwei Kammern. Im Schoße der Bundesversammlung und in den Vorschlägen, die die Regierungen über die Verbesserungen des Universitätswesens austauschten, konnte sogar die Idee Platz greifen, „der allgemeinen Burschenschaft eine förmliche Organisation zu geben und sie als ständige Körperschaft unter obrigkeitliche Leitung zu stellen“. Es blieb jedoch bei einer mehr zufälligen Anregung, ohne daß sie, wie es scheint, auch nur von einem einzigen Bundesstaat aufgegriffen wurde. Ein Antrag Weimars, die Frage der Burschenschaft „als einen, das gemeinsame Interesse Deutschlands umfassenden Gegenstand, an den Bundestag zu bringen“, fiel ebenfalls ohne weitere Verhandlung. Das bayerische Ministerium lehnte ihn geradezu mit der Begründung ab, daß „dadurch das Universitätswesen als eine Nationalsache erklärt werde“, und ihm eine größere Wichtigkeit beigelegt werden dürfte, „als es wirklich hat oder doch in den Augen der Menge haben soll.“

König Friedrich Wilhelm dem Dritten dagegen ward es unheimlich im Sturm der ihm zufließenden Gerüchte. Den Wünschen Hardenbergs, „die bisherige, täglich mit vermehrter Kraft schlimmer wirkende Ungewißheit nicht fortdauern zu lassen“, blieb er fremd. Mehr und mehr gewannen die Einflüsterungen Metternichs sein Ohr. Immer aufs neue wies dieser warnend auf die Verbindung der „zuchtlosen“ Studenten mit den jakobinischen Umtrieben der Professoren und ihrer Gesinnungsgenossen in der Staatsverwaltung hin. Den preussischen König zuerst und vor allem beeinflussten die Warnungen des Aachener Kongresses vor dem Unheil, das von den Universitäten drohte, aufs nachhaltigste.

Ein Kabinettsbefehl rügte schon Anfang Januar 1819 ernstlich die Sucht der Studenten, „in die Weltthändel einzugreifen“ und das „leidenschaftliche Verfolgen unbestimmter Ziele.“ Zur Abwehr kündigte er kräftige Maßregeln an und zwar in erster Reihe strengere Überwachung der Universitäten, Einfügung des Turnwesens in den Schulplan und ein scharfes Preßgesetz. Warnend setzte er hinzu, daß die geplante angemessene ständische Verfassung nur vollendet werden

fönnen, wenn die Verwaltung Achtung genieße. Die Abberufung der preußischen Studierenden aus Jena nach der Tat Sands war ein sichtbares Zeichen, daß der König mit diesem Vorgehen Ernst machen wolle. Zugleich mahnte der Minister des Äußeren, Graf Bernstorff, in seinem Schreiben nach Weimar, daß es vor allem gelte, den Fanatismus der Jugend „nicht in seinen Wirkungen, sondern auch in seinen Ursachen zu bekämpfen.“ Die Universitätslehrer sollten hinfort „nicht nur, was ihre öffentliche Lehre betrifft, sondern auch in Hinsicht ihres ganzen, sich in Schrift und Rede, im Leben und im Handeln aussprechenden Strebens einer strengeren Verantwortlichkeit“ unterzogen werden. Der österreichische Gesandte in Berlin konnte freudig berichten, daß dem König „über den jetzigen gefährvollen Zustand vollständig die Augen geöffnet seien.“ Auf's Beste fand Metternich den Boden bereitet, als er jetzt Friedrich Wilhelm dem Dritten einen von seinen Vertrauten Adam Müller und Friedrich von Gentz sorgfältig ausgearbeiteten Feldzugsplan vorlegte.

Beim Bundestag, dem gegebenen Forum, gemeinsame Maßregeln gegen die „deutschen Jakobiner“ und ihre Vorkührer zur Anregung zu bringen, widerstrebte ihnen. Mit Schrecken hatte Gentz gesehen, daß die Frankfurter Versammlung einen Vortrag Weimars über die Verhältnisse in Jena sehr wohlwollend anhörte, ohne dem Redner „ein Bekenntnis des Abscheus, den solche Lehren in einem solchen Augenblick erwecken mußten, auf der Stelle ins Gesicht zu werfen.“ Er schlug daher unter dem Beifall Metternichs vor, mit Preußen allein und unmittelbar die nötigen Schritte zu vereinbaren. In weiteren Verhandlungen der wichtigsten sächsischen Höfe sollte „alles, was auf die Universitäten, auf Preßfreiheit und selbst auf das Verfassungswesen in Deutschland Bezug habe, so viel als erschöpfend“ geregelt werden. Die allgemeine Burschenschaft erschien ihm schon in dieser ersten Anregung als „ein so durchaus verwerfliches, auf so gefährvolle und frevelhafte Zwecke gerichtetes Institut, daß kein Stein davon auf dem anderen bleiben dürfe.“ Sie ist, führte er dann wenige Wochen später aus, „wie sich aus ihren Statuten ergibt, ausdrücklich und wesentlich auf die Idee der Einheit Deutschlands, und zwar nicht bloß einer idealen oder wissenschaftlichen oder literarischen, sondern einer leibhaftigen politischen Einheit gegründet. Sie ist also im höchsten und furchtbarsten Sinne des Wortes revolutionär.“

Die Untersuchungen, die bald darauf aufs schärfste in Preußen selbst eingesetzt, schienen in der Tat alle die Warnungen und Befürchtungen, die von Wien her und aus den Mittelstaaten in Berlin laut wurden, zu bestätigen. Die Staatszeitung verkündete, daß die hier aufgedeckten Umtriebe den ausgesprochenen Zweck hätten, mittels Vernichtung der jetzt bestehenden Regierungen und der Bundesverfassung Deutschland in eine auf Einheit, Freiheit und sogenannte Volkstümlichkeit gegründete Republik zu verwandeln und dieses Ziel durch Verführung der Jugend und des Volks, und wenn dies nicht genügt, durch Blut und Gewalt zu erreichen. Am 26. Juli folgte ein neuer Bericht, der auf Grund zahlreicher, zum Teil fast sinnlos aus dem Zusammenhang gerissener Briefstellen den Beweis erbringen sollte, daß die Regierung nur „eine ihrer heiligsten Pflichten gegen alle redlichen Untertanen und gegen das ganze deutsche Volk“ ergriff, als sie den auf „Fürsten- und Bürgermord“ gerichteten Umtrieben entgegentrat, „den Kreislauf der Revolution zu schließen“.

Drei Tage später, am 29. Juli, traf Friedrich Wilhelm der Dritte mit Metternich im böhmischen Bade Teplitz zusammen, wo 1813 die Bündnisverträge gegen Napoleon abgeschlossen worden waren. Der König sah dies Zusammenreffen als ein günstiges Vorzeichen für den neuen Feldzug gegen die Demagogen an. „Mit Gottes Hilfe“, schrieb er, „hoffe ich die deutsche Revolution zu schlagen, wie ich den Eroberer der Welt überwunden habe.“ Freudig überrascht sah auch Metternich, daß der Herrscher niemals „den gewagtesten aller Schritte“, die Gewährung einer Verfassung für den preußischen Gesamtstaat, tun werde. Hardenberg selbst, der den König begleitete, hielt den im Mai vorgelegten Entwurf scheinbar zurück und ließ dem österreichischen Minister nur arg verkümmerte Ideen zu einer landständischen Verfassung sehen, die sogar vor dessen mißtrauischem Auge Gnade

finden konnten. Schon in diesen Vorbesprechungen versagte das preussische Selbstbewußtsein vollständig. Mit leichter Mühe setzte Metternich die Annahme von Grundsätzen durch, „nach welchen die Höfe von Oesterreich und Preußen in den inneren Angelegenheiten des Deutschen Bundes zu verfahren entschlossen sind.“

Drei Punkte wurden darin als die wichtigsten Gegenstände genannt: Die Berichtigung der Begriffe über die im Artikel 13 der Bundesakte in Aussicht genommene landständische Verfassung, allgemeine Verfügungen über die Pressefreiheit und endlich Maßregeln in Hinsicht auf die Universitäten, Gymnasien und Schulen. Die studentische Bewegung selbst erschien Metternich nicht einmal so gefährlich. Die Burschenschaft bezeichnete er wohl seinem getreuen Geng gegenüber als ein „unpraktisches Puppenspiel“. Aber er brauchte das Mißtrauen und den Argwohn des preussischen Königs gegen ihr Treiben, um die eigentlichen Gegner, die Pressefreiheit der Universitäten und die Presse, um so schärfer treffen zu können.

Schon bei Beratung und Beschlußfassung des ersten Punktes verleugnete in der Tat Hardenberg die ganze Richtung seiner inneren Politik, die er noch knapp drei Monate zuvor durch seinen Verfassungsentwurf endgültig und dauernd hatte festlegen wollen. „Preußen“, hieß es in der am 1. August 1819 unterzeichneten Puntktion, „ist entschlossen, zur Repräsentation der Nation eine allgemeine, mit der geographischen und inneren Gestaltung seines Reiches unverträgliche Volksvertretung einzuführen“. Zur Sicherung der Presse verabredeten die Staatsmänner, „keinem der heute berichtigten Redakteurs den Eintritt in neue Zeitungsredaktionen zu gestatten und überhaupt die vielen Zeitungsblätter zu vermindern“. Zur Beratung der in der Universitätsfrage zu unternehmenden Maßregeln endlich sollte ein eigener Ausschuß eingesetzt werden. Als unumgänglich wurde jedoch schon hier der Satz aufgestellt, „daß notorisch schlechtgesinnte und in die Umtriebe des heutigen Studentenunfugs verflochtene Professoren alsbald von den Lehrstellen entfernt werden“ sollten.

So gerüstet und verbunden, traten die Staatsmänner Oesterreichs und Preußens am 6. August vor eine Versammlung deutscher Minister und Diplomaten, die zu zwanglosen Besprechungen, amlich hieß es „zum Kurgebrauch“, auf Metternichs vertraulichen Wunsch in Karlsbad zusammengelassen waren. Außer den beiden Großstaaten waren Hannover, Sachsen, Nassau, Bayern, Baden, Württemberg und Mecklenburg vertreten. Kurhessen und Sachsen-Weimar, die ebenfalls wohl als Universitätsmächte ein Recht zur Teilnahme haben konnten, mißtraute der österreichische Staatsminister. Nur als Gäste duldete man schließlich ihre Vertreter, die sich ungerufen einfanden. Besonders der Abgesandte Großherzog Karl August von Weimar wurde, wie Geng höhnisch schrieb, „anfänglich wie eine Art von wilden Tieren von jedermann geflohen“. Die Bundesversammlung in Frankfurt erfuhr nichts von all diesem Treiben. Der Präsidialgesandte ließ sogar die Bevollmächtigten diesmal besonders spät in die Ferien gehen, um desto gewisser das Geheimnis der Karlsbader Konferenzen zu bewahren.

In der Tat gingen deren Beschlüsse weit über das Maß dessen hinaus, was man im Schoße des Bundestages inzwischen bereits zu äußern gewagt hatte. Nur die Auslegung des Artikels 13 mußte auf spätere Verhandlungen verschoben werden, da sich denn doch die Vertreter der jungen konstitutionellen Staaten des Südwestens im Innersten sträubten gegen die gewissenlose Rückkehr zu den alten Landständen. Für sie waren und blieben Volksvertretung und Verfassung die Wurzeln staatlichen Gemeinschaftsgefühls. Dagegen wurden die übrigen von Oesterreich und seinem Gefolgsmann Preußen vorgelegten Punkte widerstandslos und überraschend schnell angenommen. Eine vorläufige Exekutionsordnung ermächtigte den Bundestag, die Vollziehung aller Bundesbeschlüsse durch einen besonderen Ausschuß überwachen zu lassen. Weiter wurde der Anstellung eines außerordentlichen Regierungsbevollmächtigten an jeder Hochschule zugestimmt, der den Geist der Lehrer zu beobachten und ihm eine heilsame Richtung zu geben hätte. Wer wegen Pflichtverletzung oder Verbreitung verderblicher Lehren vom Katheder entfernt würde, sollte in keinem deutschen Staate jemals ein Lehramt erhalten. Vor allem wurden die alten Gesetze gegen alle akademischen Verbindungen

wieder eingeschränkt und ausdrücklich auf die Burschenschaft ausgedehnt, da „diesem Verein die schlechterdings unzulässige Voraussetzung einer fortdauernden Gemeinschaft und Korrespondenz zwischen den verschiedenen Universitäten zum Grunde liegt.“

Wie der briefliche Verkehr zwischen Angehörigen verschiedener Bundesstaaten, so mußte auch die literarische Aussprache unter die strenge Obhut der Regierungen gestellt werden. Alle Zeitschriften und alle Bücher unter zwanzig Bogen sollten, zunächst während der folgenden fünf Jahre, der Zensur unterliegen. Jeder Staat war dem Bunde gegenüber für die Innehaltung dieser Bestimmung verantwortlich. Den Schlußstein der Beschlüsse bildete die Einsetzung einer Zentral-Untersuchungskommission in Mainz zur Unterdrückung der demagogischen Umtriebe. Die preußischen Staatsmänner waren unter dem Einfluß des überall Revolution witternden Kampfs bereit, ihr sogar richterliche Befugnisse zuzuteilen. Sie wollten also zugunsten einer Behörde, die in der Mehrheit naturgemäß von den Mittel- und Kleinstaaten besetzt werden mußte, selbst auf die Justizhoheit ihres Königs verzichten. Nur dem Einspruch Bayerns und Osterreichs war es zu danken, daß Preußen vor dieser letzten und äußersten Demütigung bewahrt blieb.

Der Sieg der Staatskunst Metternichs und Geng' war auch so groß genug. Einer ihrer Gefinnungsfreunde konnte beim Abschluß des schönen Werkes am 1. September 1819 wohl gar vorschlagen, den Ambrosianischen Lobgesang anzustimmen. Die geistige Einheit des engeren Deutschland, die seit dem Befreiungskampf im Ausblühen war, schien dauernd vernichtet. Osterreich sah sich vor jeder selbständigen Regung Preußen-Deutschlands sichergestellt. Nur eine einzige gemeinsame Behörde hatte das deutsche Volk jetzt aufzuweisen, einen Ausschuß, der durch Anzeigen, Befehle und Verhaftungen selbstherrlich und unverantwortlich in die regelmäßige Rechtspflege eingreifen durfte: in Wahrheit ein Zerrbild des Heiligsten, das sich Deutschland seit dem Zeitalter der Erhebung erträumt hatte.

Mit bewundernswertem Geschick verstanden es die österreichischen und preußischen Staatsmänner, die Karlsbader Beschlüsse auch im Bundestage zu Frankfurt zur Annahme zu bringen, ohne daß die vergewaltigten Kleinstaaten sich zum Widerstand aufriffen. Wohl erhielten die Präsidialpropositionen nur mit Mühe eine ganz geringe Mehrheit. Selbst das preußische Staatsministerium, das in seiner Gesamtheit ebenfalls durch die vollendete Tatsache überrascht wurde, hatte sie „schändlich, unnational, ein denkendes Volks aufregend“ genannt. In der veröffentlichten Registratur des Bundestages aber wurden sie am 20. September 1819 als einstimmig angenommen gebucht. Erst ein Menschenalter später hat das deutsche Volk erfahren, in welch schmähtlicher Weise die Hoffnungen und Wünsche, zu deren Erfüllung es berechtigt schien, zu Grabe getragen worden sind.

Die Folgen der Karlsbader Beschlüsse waren furchtbar. Selbst Männer wie der Freiherr vom Stein, die selbst durchaus nichts von dem neuen Wesen und Treiben der akademischen Jugend und der unruhigen Professoren hatten wissen wollen, sahen jetzt „das Reich der Willkür“ im Anzug. In der Mainzer Zentral-Untersuchungskommission, zu der Osterreich, Preußen, Bayern, Hannover, Baden, Nassau und Hessen-Darmstadt je ein Mitglied stellten, erkand den bereits begonnenen Demagogenverfolgungen ein starker Mittelpunkt. Vor allem aber war wichtig, wie weit sich Preußen zur Ausführung der hinter dem Rücken des Staatsministeriums vereinbarten Bestimmungen bequemen werde. Wie ein Hohn klang es, als hier gerade am Jahrestage der Leipziger Schlacht, am 18. Oktober 1819, die Karlsbader Beschlüsse und ein besonderes Zensuredikt veröffentlicht wurden.

Wohl verließen die Untersuchungen und Maßregeln, die unmittelbar danach gegen die deutschen Universitäten eingeleitet wurden, scheinbar zunächst fast ergebnislos. Insbesondere die Burschenschaft selbst, der in der Öffentlichkeit der Hauptkampf galt, konnte sich an allen Hochschulen nach wenigen Wochen oder Monaten schon aufs Neue wieder aufstun und in neuer Geschlossenheit die alten Ideale der deutschen Einheit und Freiheit pflegen. Aber ein Großes, unendlich Großes war doch unrettbar verloren: die Möglichkeit, sich frei und offen zu den ersehnten Zielen zu bekennen, sie in offener Auseinandersetzung mit dem Staate selbst zu erstreben und durchzuführen. Die Lehr- und Lernfreiheit der deutschen Universitäten

sah sich der schönsten Errungenschaft des Zeitalters der Erhebung und der Freiheitskriege beraubt, als Professoren und Studenten zur Geheimbündelei hinausgedrängt wurden, sobald sie das kaum erwachte Interesse am Staate bewußt und klar zu pflegen trachteten. In diesem künstlichen Abschluß der Gebildeten von der Beschäftigung mit politischen Fragen vor allem liegt ja die Wurzel für all das unpolitische Wesen der deutschen Nation, das nicht im letzten Grunde das verhängnisvolle Versagen des ganzen Volkes in der schweren Prüfung der letzten Jahre verschuldet hat. Die Demagogenverfolgungen, die aus den Karlsbader Beschlüssen erwuchsen, zwangen die besten Kräfte Deutschlands in die Fremde hinaus, wo sich der weltbürgerliche Grundzug, den schon die deutsche Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts besaß, vertiefte und zum Haß und Spott über das eigene politische Leben wandelte. Unter der wuchtenden Last der Ausnahmegeetze, die der Bundestag am 20. September 1819 erließ, nahm die deutsche Demokratie schon in ihren Jugendjahren den unpolitischen, internationalen Charakter an, der sie vor allen anderen Völkern auszeichnet und brandmarkt. In dieser Umbildung des deutschen Parteiwesens sind die Folgen der Karlsbader Beschlüsse auch heute noch nicht überwunden. —

In seltsamem Kreislauf verbinden sich die großen Gedenktage des letzten Jahrzehnts zu einem Spiegelbild der politischen Entwicklung Deutschlands. Am Anfang stehen die Augusttage von 1914, die in überreichem Maße in Wahrheit das ganze Volk aufriefen zu einer Erhebung, der hundert Jahre zuvor doch immer nur ein Bruchteil der Nation, die unter der Fremdherrschaft Napoleons politisch gereifte Bevölkerung Altpreußens und einzelne Kreise der akademisch Gebildeten Nord- und Mitteldeutschlands, gefolgt waren. Am Ende der Epoche scheinen die Versailler Beschlüsse alle die köstlichen Früchte, die wir selbst noch von den ersten Jahren des Weltkrieges erhofften, im innersten Kern zu verderben: auch jetzt wieder erfüllt sich das Wort, daß Deutschland auch durch den Gegenstoß einer ganzen Welt nicht niedergeworfen werden kann, wenn es allen Angriffen nur einmütig und einig standhält. Erst eine Revolution von innen konnte in der Tat den Zusammenbruch von 1819 mit umgekehrten, „demokratischen“ Vorzeichen aufs Neue herbeiführen.

Wiederum steht das deutsche Volk vor einem Trümmerhaufen seiner Ideale, mögen Voraussetzungen und Folgen seiner Innen- und Außenpolitik in sich auch grundverschieden sein. Wiederum müssen wir tief in den Schuttmassen der Vergangenheit schürfen, um uns selbst die Hoffnung auf einen neuen Aufschwung zu beleben. In köstlicher Frische aber erheben sich aus den trüben Erinnerungen dieser neuen Jahrhundertfeier die Worte, mit denen die Jenaer Burschenschaft damals in stolzem Selbstbewußtsein die durch die Karlsbader Beschlüsse erzwungene Auflösung rechtfertigte: „Jetzt ist die Schule geschlossen,“ so hieß es in einer Eingabe an Großherzog Karl August. „Jeder geht hinweg mit dem, was er in ihr gelernt hat; er wird es behalten und es wird in ihm fortleben. Was als wahr begriffen ist vom Ganzen, wird auch wahr bleiben im einzelnen.“ Zu neuen Taten rief das schönste Lied August von Vinzers, das unmittelbar nach der letzten öffentlichen Zusammenkunft zum ersten Male in Jena erklang:

„Wir hatten gebauet
Ein stattliches Haus
Und drin auf Gott vertrauet
Trotz Wetter, Sturm und Graus.

Das Haus mag zerfallen —
Was hat's denn für Noi?
Der Geist lebt in uns allen,
Und unsre Burg ist Gott!“